**Zum Widerstand gegen das NS-Regime in Wiesbaden**

Jene mutigen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich schon vor 1933 der NSDAP und dann deren in jenem Jahr in Deutschland errichteten Gewaltherrschaft in Wort, Schrift oder Tat mit dem erklärten Ziel ihrer möglichst baldigen Beseitigung entgegenstemmten oder die seitdem wenigstens ihre demokratische Gesinnung zu bewahren vermochten, lassen sich nicht präzis quantifizieren. Unter Berücksichtigung einer nicht unbeträchtlichen Dunkelziffer werden über die von der Städtischen Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte im Herbst 1946 insgesamt erfassten 740 politisch sowie religiös motivierten Regimegegner hinaus hierzu vermutlich weitere Hunderte Couragierte gehört haben. Es handelte sich dabei gleichwohl um eine nur winzige Minderheit, denn die Einwohnerzahl Wiesbadens betrug 1933 rund 160.000 und fünf Jahre später etwas mehr als 170.000 Personen. Gänzlich unbekannt ist zwangsläufig allein schon die Zahl jener, deren antinazistisches Agieren die NS-Verfolger niemals ans Licht zu bringen vermochten. Im Dunkeln liegt des Weiteren z. B. die Anzahl der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, welche in jenen zwölf Jahren wegen ihres Widerstandes vor oder nach ihrer Festnahme ermordet, nach einem entsprechenden Strafverfahren bzw. einem Standgerichtsurteil hingerichtet wurden oder die noch nach ihrer Befreiung an den Spätfolgen ihrer während der Haft erlittenen Erkrankungen verstorben sind.

Das erste hiesige politisch bedingte NS-Mordopfer war der jüdische SPD-Kassierer Max Kassel, der am 22. April 1933 in seiner Wohnung in der Webergasse 46 von einem Rollkommando der SA erschossen worden ist. Einen Monat zuvor war der Gewerkschaftssekretär und SPD-Stadtverordnete Konrad Arndt in seiner Wohnung in der Oestricher Straße 6 von SA-Leuten bei einem Messerattentat lebensgefährlich verletzt worden. Auch beider Parteigenosse, der in der nahe gelegenen Winkeler Straße 17 wohnende Reichstagsabgeordnete, Stadtrat und Landesrat bei der Provinzialverwaltung Otto Witte, der unverzüglich Arndts Krankenhauseinweisung veranlasst und die Polizei benachrichtigt hatte, sah sich wie so viele andere seinerzeit unverhohlenen Morddrohungen der Demokratiefeinde von rechts ausgesetzt. Die Zeitungen waren voll von Berichten über ähnliche von den Hitler-Anhängern verübte Gewalttaten, bei denen nicht selten Schusswaffen zum Einsatz gekommen sind. Gegen die Aktivisten der KPD und ihrer Nebenorganisationen gingen die Nazis mit besonderer Brutalität vor, wodurch immer wieder auch Schwerverletzte und Mordopfer zu beklagen waren: So wurde der Kommunist Otto Quarch im Frühjahr bei einem Fluchtversuch angeschossen, was wenig später seinen Tod zur Folge hatte. Einige Monate danach wurde auch dessen Parteigenosse Karl Müller erschossen, weil er ebenfalls angeblich einen Fluchtversuch unternommen hatte. Hier wie anderenorts kam es schon in dieser Frühphase des „Dritten Reiches“ außerdem zu zahllosen Verhaftungen von NS-Gegnern vor allem aus den beiden unversöhnlich zerstrittenen Arbeiterparteien SPD und KPD, die vielfach drakonisch bestraft bzw. oftmals umgehend in eines der eilends errichteten Konzentrationslager deportiert wurden.

Während etwa ein Viertel der nach dem Krieg statistisch erfassten 644 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, welche aus politischen Gründen verfolgt worden waren, der SPD und knapp zehn Prozent bürgerlichen Parteien angehört haben, waren nicht ganz zwei Drittel Mitglieder der KPD oder ihrer Nebenorganisationen. Diese hohe Verfolgungsquote der Kommunisten rührte zum einen aus ihrer unbestreitbar respektierlichen Risikobereitschaft, zum anderen aus ihrer verfehlten politischen Lageeinschätzung und der daraus resultierenden verhängnisvollen Strategie eines „Massenwiderstandes“. Durch die Verbreitung einer Vielzahl von zum Teil in Wiesbaden, zum Teil von ihrer Bezirksleitung in Frankfurt hergestellten, überdies aber auch von ihrem Exilapparat eingeschmuggelten antinazistischen Flugblättern und Periodika hofften sie, sich dabei allen Ernstes zunächst noch in einer „vorrevolutionären Situation“ wähnend, das NS-Herrschaftssystem stürzen zu können, um anschließend eine „Diktatur des Proletariats“ nach stalinistischem Vorbild zu errichten. Wegen des horrenden Verfolgungsdrucks zerbröckelten ihre anfänglich noch recht ausgeprägten illegalen Organisationsstrukturen auch auf lokaler Ebene bereits nach wenigen Jahren zusehends, bis sie spätestens während des Krieges nur noch einige antinazistische Kleinstgruppen in den Arbeiterwohnvierteln wie auch in verschiedenen Großbetrieben aufrechtzuerhalten bzw. neu zu bilden vermochten, so etwa bei Kalle und Albert sowie in der Maschinenfabrik. Zwar sammelten die Kommunisten weiterhin kleinere Geldbeträge zur Finanzierung ihrer politischen Arbeit und darüber hinaus Lebensmittel zur Unterstützung der Familien inhaftierter Gesinnungsfreunde, von Untergetauchten und auch anderen Verfolgten. Aber lediglich sporadisch und in immer geringerer Stückzahl konnten sie schließlich noch ihre gegen die braune Diktatur gerichteten Aufrufe verbreiten. Ebenso brachten sie jetzt nur noch vereinzelt einige ihrer Propagandaparolen an Häuserwänden und Grundstücksmauern an, so z. B. in der Platter Straße. Doch weder hierdurch noch mit ihrer dafür umso mehr intensivierten antinazistischen Flüsterpropaganda ließ sich die bis zuletzt größtenteils unbeirrbar nazifizierte Bevölkerung zum Sturz des Terrorregimes mobilisieren und damit zur Errichtung des von den Kommunisten herbeigesehnten „Räte-Deutschlands“. Einige Jahre später erst haben Einzelne von ihnen, etwa der Gewerkschaftssekretär und Kommunalpolitiker Paul Krüger, selbstkritisch bekannt, während der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ unverzeihlich viele politische Fehler begangen zu haben.

Die SPD nahm auch in Wiesbaden bereits 1933 Abstand von sämtlichen offensiven und mit einem enormen Verhaftungsrisiko behafteten antinazistischen Propagandaformen. Ihre Anhängerschaft schloss sich zu kleineren, nach außen hin sorgsam abgeschotteten Widerstandsgruppen zusammen bzw. bildete recht lockere Freundes-, Diskussions- und Leserkreise. Dort stand die Bewahrung des Gruppenzusammenhalts, eine mehr oder minder systematische politische Schulungsarbeit und dadurch die Stabilisierung der demokratischen Gesinnung der Beteiligten für die Zeit nach Hitler im Vordergrund des Agierens. Diesem Zweck diente hauptsächlich die „Sozialistische Aktion“, das über konspirative Kanäle vom Prager Exilvorstand bezogene neue Parteiorgan für die antinazistische Inlandsarbeit. Eine der sozialdemokratischen Kleinstgruppen bestand bis in die ersten Kriegsjahre hinein in Dotzheim um Albert Müller und Luise Schwarz. Eine weitere hatte Konrad Arndt um sich geschart, bis er im Herbst 1935 – übrigens zusammen mit Paul Krüger und einigen anderen Wiesbadener Antifaschisten – ins KZ Esterwegen verbracht worden war. 1934/35 führte der damals meist arbeitslose Angestelltengewerkschafter Georg Feller zusammen mit seinem zuvor aus politischen Gründen aus städtischen Diensten entlassenen Kameraden Albert Markloff eine Restgruppe des lokalen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an, welche einen Leserkreis von an die 50 Gesinnungsfreunden mit der aus Frankfurt über Hochheim und Mainz-Kastel bezogenen, auf Dünndruckpapier und im Kleinformat hergestellten Parteizeitung versorgte. Dieser Sachverhalt konnte von den beiden vor den NS-Strafverfolgern ebenso verheimlicht werden wie die Tatsache, dass sie zugleich für den Exilvorstand ihrer Partei allmonatlich fundierte Berichte über die Situation in den Wiesbadener Betrieben, zur Stimmungslage in der Bevölkerung und auch zur fortschreitenden Aufrüstung hatten erstellen lassen bzw. solche selbst verfasst hatten. Auch der vormalige Propagandaleiter der Wiesbadener SPD Georg Buch, dem im Frühjahr 1933 die Aufgabe übertragen worden war, die Organisationsstrukturen seiner Partei auf die Erfordernisse der Illegalität umzustellen, wurde mit einem bestimmten Kontingent der „Sozialistischen Aktion“ und anderen Anti-Nazi-Schriften aus Frankfurt beliefert, jedenfalls bis zur Mitte 1934 erfolgten Verhaftung des von dort aus operierenden damaligen konspirativen Leiters des SPD-Widerstandes in Südwestdeutschland Willy Knothe. Buch schottete daraufhin seine überwiegend aus einstigen, in der Mehrzahl weiblichen Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend rekrutierte Widerstandsgruppe nach außen hin strikt ab, während er zugleich ohne deren Wissen weiterhin viele brisante politische Kontakte zu früheren Funktionsträgern der SPD in Wiesbaden und Umgebung realisierte, so zu seinem langjährigen Freund und Förderer Johannes Maaß. Buchs große Umsicht hierbei verhinderte es jedoch nicht, dass seine zuletzt gerade noch ein knappes Dutzend Antifaschistinnen und Antifaschisten zählende Gruppe Anfang 1941 einer Denunziation zum Opfer fiel.

Etwa zu dieser Zeit wurde auch in unserer Stadt ein Widerstandsstützpunkt im Rahmen von Wilhelm Leuschners reichsweitem primär sozialdemokratisch-gewerkschaftlich geprägten Vertrauensleutenetz gebildet. Jene zivile Widerstandsstruktur hatte dieser ebenso tatkräftige wie besonnene SPD-Politiker und Gewerkschaftsführer zusammen mit vielen seiner engsten Vertrauten und außerdem mit etlichen NS-Gegnern anderer politischen Couleur in jahrelanger konspirativer Kleinarbeit zur Flankierung eines von den oppositionellen Militärs herbeizuführenden Umsturzunternehmens geschaffen. Der hiesige Stützpunktleiter war Heinrich Maschmeyer, welcher bis 1933 unter Leuschner, seinerzeit Innenminister des Volksstaates Hessen, in Worms als Polizeidirektor gewirkt hatte. Es ist davon auszugehen, dass zu Maschmeyers Konfidenten beispielsweise der Lehrer und SPD-Kulturpolitiker Johannes Maaß gehört hat, desgleichen sein Berufskollege und Parteigenosse Martin Nischalke, der während der gesamten NS-Zeit illegal tätig gewesen ist, und zudem Max Meinhold, welcher für die geheime Geldsammelstelle der Wiesbadener SPD zuständig war. Solche Zivilpersonen mit entsprechenden Leitungsqualifikationen hätten nach einer geglückten Militäraktion allerorten in die umgehend von den bisherigen NS-Funktionsträgern frei gemachten entscheidungsrelevanten Positionen in den Kommunal- und Landesverwaltungen sowie in der NS-Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“ rücken sollen, um die Militäroperation von dort aus zu unterstützen und abzusichern, damit möglichst zügig zu demokratischen Verhältnissen zurückgekehrt werden könnte. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 wurde die breite zivile Basis jener „Friedensbewegung“, so die zeitgenössische Charakterisierung durch die Exil-SPD, von der im Reichssicherheitshauptamt eingerichteten Sonderkommission hier wie überhaupt bloß rudimentär enttarnt. Daher sind nur einige der wichtigsten zivilen und militärischen Anführer und Unterstützer der Aktion gefasst, vor den „Volksgerichtshof“ gestellt, dort meistenteils zum Tode verurteilt und sodann hingerichtet worden. Hierzu gehörte auch Ludwig Schwamb, der frühere hessische Staatsrat und enge Vertraute Leuschners, der dessen ziviles Widerstandsnetzwerk in der ganzen Region zwischen Kassel und Heidelberg erst von Berlin und zuletzt von Frankfurt aus konspirativ angeleitet hatte und der in der unmittelbaren Umsturzsituation die Aufgaben des Politischen Beauftragten der Verschwörer im Wehrkreis XII Wiesbaden hätte übernehmen sollen. Wäre der Coup d’État geglückt, hätte Schwamb hier konsequenterweise an die Spitze der neuen nichtnazistischen Regierung in Hessen-Nassau rücken sollen.

Über Nischalke, möglicherweise auch über den Angestelltengewerkschafter August Heinzmann, ebenfalls SPD, stand der Wiesbadener Vertrauensleutestützpunkt Leuschners insgeheim in Kontakt mit einem lockeren antinazistischen Freundeskreis um den Nervenarzt Dr. Friedrich Mörchen und den damals im Steueramt beschäftigten Heinrich Roos. Beide waren wie die meisten Teilnehmer an ihren weitgehend regelmäßigen Treffen linksliberal positioniert gewesen, einige andere hatten dem Zentrum oder der SPD angehört. Manche von ihnen verkehrten daneben auf rein freundschaftlicher Basis sogar mit dem einen oder anderen Kommunisten, so z. B. mit dem früheren Stadtrat Jakob Greis. Mehrere Mitglieder dieser über 30 Regimegegner zählenden Gruppierung, die nur intern antinazistische Aufklärungsarbeit leistete, widmeten sich der Unterstützung rassistisch oder politisch Verfolgter, während einige wenige Oppositionelle dort über verdeckte Verbindungen zu einzelnen regionalen bzw. reichsweiten Anführern der zivilen Basis der Umsturzbewegung des „20. Juli“ verfügten. So hatte der frühere katholische Arbeitersekretär und ehrenamtliche Wiesbadener Stadtrat Ferdinand Grün über eine kleinere, im Rhein-Main-Gebiet verankerte Gruppe christlicher Gewerkschafter indirekt Fühlung mit dem sozialdemokratischen Gewerkschafter Willi Richter, der von Frankfurt aus für Wilhelm Leuschner den gewerkschaftlichen Widerstand im Bereich des späteren Bundeslandes Hessen organisierte. Der vormalige hiesige liberale Angestelltengewerkschafter Erich Zimmermann verfügte über konspirative Kontakte zu seinem Gewerkschaftskollegen Ernst Lemmer, zum christlichen Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser sowie zum einstigen SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Leber in Berlin. Der Kaufmann Ludwig Schwenck ist 1944 von Hauptmann Hermann Kaiser, im Zivilberuf Studienrat an der Oranienschule, nun aber in der Reichshauptstadt Kriegstagebuchführer im Stab des Chefs der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres sowie einer der wichtigsten Brückenbauer zwischen den zivilen und den militärischen Widerstandskräften überhaupt, beizeiten vom bevorstehenden Vorgehen der Frondeure gegen Hitler in Kenntnis gesetzt worden. Trotzdem war jene lokale Widerstandsgruppe nicht in die unmittelbaren Umsturzvorbereitungen involviert, obgleich bei einem Erfolg des Unternehmens sicher etliche davon für die dann auch hier möglichst umgehend in Angriff zu nehmende demokratische Reorganisationsarbeit herangezogen worden wären.

Welche weiteren Wiesbadener NS-Gegner in die „20. Juli“-Aktivitäten einbezogen gewesen sind bzw. diese sogar als deren Anführer unablässig vorangetrieben haben, lässt sich also nur in Einzelfällen mit Gewissheit sagen: Ganz ohne Frage gilt dies für den 1938 aus Protest gegen Hitlers Kriegskurs als Generalstabschef des Heeres zurückgetretenen, dabei aber noch zum Generalobersten beförderten gebürtigen Biebricher Ludwig Beck; dieser gehörte zusammen mit dem früheren Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler, mit Wilhelm Leuschner, Dr. Leber, Jakob Kaiser und etlichen anderen entschlossenen Zivilisten sowie schließlich auch mit dem Hitler-Attentäter Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg zu den wichtigsten Anführern der gesamten zivil-militärisch kombinierten Widerstandsbewegung überhaupt und hätte nach einem erfolgreichen Umsturz das Amt des Staatsoberhaupts übernehmen sollen. Hauptmann Hermann Kaiser war von den Verschwörern für die unmittelbare Umsturzphase als Verbindungsoffizier im Wehrkreis XII Wiesbaden vorgesehen und anschließend als Staatssekretär im neuen Kulturministerium im Gespräch; er informierte beispielsweise seinen hiesigen Freund Dr. Rudolf von Ibell, den Sohn des früheren Wiesbadener Oberbürgermeisters Dr. Carl von Ibell, am 16. Juli 1944 in einem konspirativ verschlüsselten Brief von der in Kürze bevorstehenden Aktion gegen Hitler und dessen Diktatur. Wenngleich Hauptmann Kaiser und Beck ebenso wie Dr. Goerdeler und Stauffenberg vordem noch nur als rückwärtsgewandt zu bezeichnende politische Vorstellungen gehegt hatten, so waren sie doch mit der Zeit und sicherlich nicht unbeeinflusst durch Leuschner und seine Mitstreiter zur einhelligen Überzeugung gelangt, dass – so hat es jedenfalls Hermann Kaiser in seinem Tagebuch festgehalten – nach dem Umsturz eine „freie Regierung mit eigener selbstgewählter Verfassung“ vonnöten sei. Während die beiden Brüder Dr. Otto John und Dr. Hans John genauso wie Beck und Hauptmann Kaiser ihre Widerstandsaktivitäten in Berlin bzw. vorwiegend dort entfalteten, ist Oberleutnant Dr. Fabian von Schlabrendorff, ein weiterer wichtiger Netzwerker des „20. Juli“-Widerstandes mit Wiesbaden-Bezug, der bereits 1943 an einem Attentatsversuch auf Hitler beteiligt gewesen war, häufig als Kurier zwischen den oppositionellen Militärs an der Ostfront und jenen im Heimatheer im Einsatz gewesen. In unserer Stadt war in das Umsturzvorhaben mit Bestimmtheit der Chef des Generalstabes Generalmajor Erwin Gerlach eingeweiht, den aber an jenem Donnerstagabend die diesbezüglichen Befehle aus der Berliner Zentrale der Verschwörung zu spät erreicht haben. Außer Gerlach soll vor Ort mindestens noch der Kern der sogenannten Führerreserve in die Staatsstreichpläne eingeweiht gewesen sein. Auch mehrere standrechtliche Erschießungen in den Tagen nach dem 20. Juli 1944, von denen Zeitzeugen berichteten, lassen darauf schließen, dass jener Konspiration in Wiesbaden noch weitere Regimegegner angehört hatten, deren Identität jedoch nicht mehr zu ermitteln ist.

Neben diesen allesamt prononciert politisch motivierten Widerstandsformen – auch die oppositionellen Militärs hatten letztlich Beweggründe solcher Art – gab es im Bereich der beiden Großkirchen auch etliche Beispiele für Proteste gegen die sich mit den Jahren zunehmend radikalisierende Gleichschaltungs- und Verfolgungspraxis des NS-Regimes. In manchen Fällen lassen sich diese durchaus als Vorformen politischen Widerstandes bezeichnen. So sorgte bei den Katholiken ein eigens eingerichteter illegaler Kurierdienst für die Verbreitung einer Vielzahl regimekritischer Verlautbarungen, wobei sich gerade jüngere Gemeindemitglieder besonders engagiert haben. Die Bekennende Kirche, eine von dem Berlin-Dahlemer Pastor D. Martin Niemöller und etlichen anderen recht früh initiierte innerkirchliche Oppositionsströmung, der schon bald über ein Drittel aller in ganz Deutschland aktiven protestantischen Pfarrer angehörte, konnte sich in unserer Stadt auf eine Anhängerschaft von zunächst mehreren Hundert, später sogar einigen Tausend Gläubigen stützen. Wenngleich es hier wie dort nur in sehr seltenen Fällen zur grundsätzlichen politischen Zurückweisung des „Dritten Reiches“ als totalitäres Herrschaftssystem in toto gekommen war, so wurde doch durch die ständige NS-Überwachung aller Aktivitäten sämtlicher evangelischen und katholischen Geistlichen schon nach kurzer Zeit immer öfter festgestellt, dass ihre Gottesdienste und andere Veranstaltungen mittlerweile verstärkt selbst von eher kirchenfernen Anhängern der SPD und der KPD besucht wurden. Gegen den Erbenheimer Pfarrer Erich Weber war Ende 1936 allein deshalb Anklage erhoben worden, weil er einigen seiner früheren Konfirmanden verschiedentlich kleinere Geldbeträge zur Unterstützung nun völlig mittelloser Frauen und Kinder inhaftierter Kommunisten hatte zukommen lassen; Weber hatte aber Glück im Unglück und kam nach halbjähriger Untersuchungshaft ohne Verurteilung wieder frei. Der erst nach dem Krieg nach Wiesbaden gezogene, früher deutschnational-völkisch und mehr noch profaschistisch positionierte Pastor D. Martin Niemöller, der am 29. Juni 1937 auf Einladung der Bekennenden Gemeinde in der Marktkirche und der Ringkirche drei gut besuchte Vorträge zur kirchlichen Lage gehalten hatte, war zwei Tage später in der Reichshauptstadt verhaftet und im folgenden Frühjahr wegen seines jahrelangen regimekritischen Engagements zu einer Geldstrafe sowie zu einer durch die Untersuchungshaft freilich bereits verbüßten mehrmonatigen Festungshaft verurteilt worden; er wurde noch vor dem Gerichtssaal von der Gestapo erneut verhaftet und musste die folgenden sieben Jahre als „persönlicher Gefangener des Führers“ u. a. in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau darben. In jenem berüchtigten KZ nordwestlich von München endete Anfang 1945 das Leben von Dr. Hans Buttersack, der sich bis zu seiner Verhaftung zwei Jahre zuvor als beherzter Rechtsbeistand nicht nur für die hiesige Bekenntnisgemeinde, sondern zudem für Juden und andere NS-Verfolgte verwandt hatte. Auch der Biebricher Josef Leber, um noch ein weiteres Beispiel für antinazistische Gegnerschaft aus dem kirchlichen Bereich anzuführen, seit 1933 Mitglied des von den Machthabern inzwischen allerdings aufgelösten Katholischen Jungmänner-Verbandes, war 1941 während seiner achtmonatigen Inhaftierung wegen einer von ihm im selben Jahr angeführten, spontanen NS-feindlichen Protestmanifestation in einem zuvor der katholischen Jugendseelsorge dienenden, nun aber von der Hitler-Jugend genutzten Heim mehrfach massiven Misshandlungen ausgesetzt; er ist 1943 mit nur 19 Jahren in der Sowjetunion gefallen.

Am Aufbegehren gegen kirchenfeindliche Maßnahmen des Regimes waren selbstverständlich auch viele Frauen beteiligt, wofür hier beispielhaft auf die beiden im Büro der Wiesbadener Bekennenden Kirche im Hof des damaligen Evangelischen Hospizes und Vereinshauses in der Platter Straße 2 beschäftigten, ebenfalls gänzlich unerschrockenen Sekretärinnen Paula Herz und Else Bing hingewiesen wird. Für die KPD operierte im Wiesbadener Westend anfänglich sogar eine eigenständige Frauengruppe; ansonsten waren an den konspirativen Aktivitäten dieser Partei überhaupt viele Frauen beteiligt, ob nun bei der Herstellung und Verbreitung von antinazistischem Schriftmaterial, durch klandestine Kurierdienste, beim Sammeln und Weiterreichen von Unterstützungsgeldern und Lebensmitteln oder bei der Beschaffung bzw. Zurverfügungstellung immer wieder zu wechselnder illegaler Quartiere für verfolgte Gesinnungsgenossen. Auch aus rein humanitären, nur vermeintlich unpolitischen Motiven haben sich manche Frauen für NS-Verfolgte engagiert. So hatte Elisabeth Ritter vom gleichnamigen, „Unter den Eichen“ gelegenen Ausflugslokal den 1944/45 im benachbarten KZ-Außenkommando des SS-Sonderlagers Hinzert inhaftierten, zumeist aus Luxemburg stammenden politischen Häftlingen Unterstützung vielfältiger Art zukommen lassen. Als diese kurz vor Eintreffen der US-Kampftruppen noch auf einen Todesmarsch nach Frankfurt-Heddernheim kommandiert wurden, konnten einige KZler sich absetzen und durften sich bis zu ihrer Befreiung im Café Ritter verborgen halten. Auch manch andere Beispiele solcher für die Helfer selbst stets höchst riskanten Hilfeleistungen für NS-Verfolgte sind keineswegs nur aus der Endphase des „Tausendjährigen Reiches“ überliefert. Überaus rar sind Hinweise auf nichtjüdische Deutsche, die jüdischen Familienangehörigen, Freunden, Nachbarn oder Kollegen zum Überleben verholfen haben.

Eine recht hohe Dunkelziffer ist für diejenigen anzunehmen, die bereits 1933 und in den Jahren danach vor der NS-Verfolgung ins Exil ausgewichen sind und die sich in vielen Fällen dann dort weiterhin antinazistisch engagiert haben, ohne dass sie später in ihre frühere Heimatstadt zurückgekehrt sind: So ist die einem jüdischen Elternhaus in Biebrich entstammende langjährige SPD-Reichstagsabgeordnete Toni Sender im Frühjahr 1933 nach wiederholten massiven antijüdischen Hetztiraden und sogar Morddrohungen Hals über Kopf aus Deutschland geflüchtet, um fortan vom Exil aus gegen das „Dritte Reich“ zu kämpfen. Nach dem Krieg wirkte sie weiterhin in den USA, deren Staatsbürgerin sie seit 1943 war. Sie ist aber gleichwohl ihrer alten Heimat bis an ihr Lebensende verbunden geblieben. Der Anteil von Frauen am hier wie aus dem Exil geleisteten Widerstand wird insgesamt auf etwa 20 Prozent geschätzt.

Kaum war das NS-Regime von den Alliierten militärisch bezwungen, traten auch in unserer Stadt die von der Gestapo nicht enttarnten Reststrukturen des Widerstandes sofort aus dem Untergrund hervor, um sodann zusammen mit etwas später aus den Haftstätten des NS-Regimes, aus dem Exil sowie aus dem Krieg zurückgekehrten Gesinnungsfreunden und erstaunlich bald in enger Abstimmung mit der amerikanischen Besatzungsmacht der politischen, gewerkschaftlichen und sonstigen Re-Demokratisierung den Weg zu bahnen, und dies trotz des anfänglich von der Militärregierung eigentlich verhängten Verbots jedweder diesbezüglichen Betätigung. Basisdemokratisch konstituierte sich bereits Ende März, Anfang April 1945 auf Initiative von Heinrich Roos der überparteiliche Aufbau-Ausschuss Wiesbaden, welcher im Kern in seinem vormaligen oppositionellen Freundeskreis wurzelte und sich als „Vertretung der antinationalsozialistischen Kräfte“ unserer Stadt verstand. Daneben rief auch ein Kampfbund gegen den Nazismus die Bevölkerung zur konsequenten Beseitigung aller noch vorhandenen Überbleibsel der Diktatur auf. Frühere Mitglieder der SPD schlossen sich zunächst zum Anti-Nazi-Bund zusammen, die Kommunisten bildeten erst eine Antifaschistische Vereinigung, und bürgerliche Kräfte riefen vorab eine Demokratische Arbeitsgemeinschaft ins Leben. Diese drei Gruppierungen waren die Keimzellen der am 28. September 1945 von den Amerikanern lizenzierten Parteien SPD, KPD und CDP, alsbald CDU, während die Gründung der liberaldemokratischen Partei erst einige Monate später erfolgte. Die Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden erhielt ihre Zulassung am selben Tag.

Bemerkenswert bei alledem ist die Beteiligung einer außerordentlich großen Gruppe von Personen, die sich bereits während der Weimarer Republik in ihren Parteien, Gewerkschaften, Verbänden usw. auf kommunaler, Landes- bzw. Reichsebene für die Demokratie engagiert hatten. Hierzu gehörte nicht zuletzt der eingangs zitierte Georg Buch, der nach seiner Befreiung aus dem KZ Sachsenhausen im Frühjahr 1945 seine ganze Kraft aufbot für deren Wiedererrichtung sowie für ihre weitere Ausformung und Festigung, und zwar u. a. als Geschäftsführer bzw. Vorsitzender seiner Partei, als Dezernent für Ernährung und Wirtschaft, als Landtagsabgeordneter, später dann als Bürgermeister und Oberbürgermeister und schließlich als Präsident des Hessischen Landtags. Im Interesse der Demokratie seien, so hat Buch in der ersten Sitzung der fünf Wochen zuvor wieder frei gewählten Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung am 2. Juli 1946 betont, vor allen Dingen „alle Sonderinteressen auszuschalten“, und obendrein müsse immerfort beachtet werden, dass „das Gemeinwohl über allem steht“.

Die hier vorgestellten biographischen Porträts von Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern, die dem NS-Regime couragiert ihren Widerstand entgegengesetzt haben, sind lediglich eine exemplarische Auswahl. Sie, welche die Leitidee einer wirklichen Demokratie unter denkbar widrigen Bedingungen am Leben erhalten haben, gehören mit Fug und Recht zu den Vorkämpfern unseres heutigen freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens. Ihrem Angedenken und der Bewahrung ihrer demokratischen Botschaft dient dieses besondere Informationsangebot.

Dr. Rolf Faber, Dr. Axel Ulrich